



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

zu „Bildung darf nicht gegen Gesundheit ausgespielt werden!“ (Drucksache 19/2765)

Gute Bildung in Pandemiezeiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Mitglieder des schleswig-holsteinischen Landtages sind besorgt über das andauernde Infektionsgeschehen. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung die nötigen Maßnahmen getroffen hat, um in der Pandemie den Schulbetrieb so sicher wie möglich zu gestalten. Der Landtag betont den hohen Stellenwert guter Bildung. Daher unterstützt er ausdrücklich das Vorgehen der Landesregierung, die Kitas und Schulen vor allen anderen gesellschaftlichen Bereichen wieder zu öffnen. Es soll so viel Präsenzunterricht wie möglich gewährleistet werden. Dies geschieht unter Einbeziehung der Expertinnen und Experten. Auf Grundlage des vom Landtag initiierten nunmehr inzidenzgestützten, weiterentwickelten Corona-Reaktionsplan für Schulen im Rahmen des Perspektivplans der Landesregierung und gemäß dem Beschluss der Kulturministerkonferenz vom 8. Februar 2021 geht das Land nun den Weg zu einer schrittweisen Öffnung der Schulen unter Berücksichtigung regionaler und lokaler Herausforderungen.

1. Die Landesregierung hat mit ihrem Corona-Reaktionsplan für Schulen und dem Schnupfenplan wirksame Instrumente entwickelt, mit denen sich der Betrieb in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen verlässlich organisieren lässt. Die Gesundheitsämter treffen mit den Landesbehörden unter Berücksichtigung der regionalen Lagen individuelle Regelungen. Dieses Vorgehen muss weiter harmonisiert werden. Weiter werden für Schulabschlüsse Erleichterungen geschaffen. Eltern können schulpflichtige Kinder vom Präsenzunterricht befreien lassen.

2. Den Schulträgern wurden im Sommer 2020 Finanzmittel in Höhe von 15 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, um Hygienekonzepte umzusetzen.
3. Das Bildungsministerium und das IQSH werden weiter sicherstellen, dass Lehrkräften zur Entwicklung von digital unterstützten Unterrichtsangeboten Beratungs-, Fortbildungs-, Fach- und Schulentwicklungstage angeboten werden.
4. Bund und Land haben mit dem Sofortausstattungsprogramm und den zusätzlichen Landesmitteln in Höhe von 14 Mio. Euro dafür Sorge getragen, dass Schülerinnen und Schüler in prekärer Lage mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden können. Die Durchführung obliegt den Schulträgern in Abstimmung mit den Schulleitungen.
5. Das Gesundheits- und das Bildungsministerium haben eine Teststrategie für Erzieherinnen und Erzieher und alle an Schulen Beschäftigten entwickelt. Zukünftig werden wöchentlich zwei Testungen angeboten. In Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern soll diese Teststrategie auch für Schülerinnen und Schüler ggf. unter Berücksichtigung zugelassener Selbsttests weiterentwickelt werden. Die Kosten für die Selbsttests sind vom Bund zu tragen.
6. Die Landesregierung hat allen Schulen medizinische oder vergleichbare Schutzmasken für das dort tätige Personal zur Verfügung gestellt. In begründeten Einzelfällen wurde das Personal bedarfsgerecht auch mit mitpartikelfiltrierenden Halbmasken (FFP2-Masken) ausgestattet. Auch zukünftig wird das Land seiner Verantwortung als Dienstherr gerecht werden und auch FFP2-Masken für Lehrkräfte zur Verfügung stellen.
7. Der Landtag begrüßt die Entscheidung des Bundes, dass Erzieherinnen und Erzieher sowie Grundschul- und Förderlehrkräfte zukünftig bei der Schutzimpfung gegen Covid-19 in der Priorisierung mit hoher Priorität (Stufe 2) geimpft werden sollen.
8. Gezielte Unterstützungsmaßnahmen sollen in Form von Differenzierung, Intensivierung und bedarfsgerechten zusätzlichen Angeboten in den Jahren 2021 und 2022 fortentwickelt und ausgeweitet werden, um die vorhandenen Lernrückstände insbesondere bei benachteiligten Schülerinnen und Schülern ausgleichen. Dabei sollen die Erfahrungen aus dem Lernsommer 2020 mit einbezogen werden. Für die genannten Unterstützungsmaßnahmen möge sich die Landesregierung außerdem, gemäß KMK-Beschluss, beim Bund für ein zusätzliches Förderprogramm zur Erreichung dieser Ziele einsetzen.

Tobias von der Heide
und Fraktion

Ines Strehlau
und Fraktion

Anita Klahn
und Fraktion